

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

E/XXIII/209

Bonn, den 4. November 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Der beste Mann</u> Heinemann - Präsidentschaftskandidat der SPD	20
1	<u>Hauptgegner der Sozialdemokratie</u> Kommunisten übernehmen die Führungsrolle	23
2	<u>Freiheit ist kein Chaos</u> Nachwort zu einer Kundgebung im Berliner Sportpalast	44
3 - 4	<u>Perspektiven moderner Justizpolitik</u> Zu einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung Von Dr. Heinz Recken	60
5 - 6	<u>Wegweiser zur Erneuerung</u> Außerordentliche Nationalkonferenz der französischen Sozialisten Neue Sozialistische Partei Frankreichs ab 1969 Von Georg Scheuer, Paris	62

* * *

*

Der beste Mann

Keinemann - Präsidentschaftskandidat der SPD

sp - Die einstimmig erfolgte Berufung von Bundesjustizminister Dr. Dr. Gustav Heinemann zum sozialdemokratischen Kandidaten für die Wahl des Bundespräsidenten beendet die in letzter Zeit zu dieser Frage im Blick auf die Sozialdemokratie angestellten Spekulationen. Meist waren diese sicher mit dem Ziel erfolgt, um eine unübersichtliche Situation herbeizuführen.

Als erste Partei hat die Sozialdemokratie nun den ihr am besten erscheinenden Mann präsentiert. Bei der Wahl Keinemanns spielten keine anderen Überlegungen eine Rolle als diese: Die Bundesrepublik Deutschland braucht an ihrer Spitze einen unbeugsamen Demokraten, dessen innere Ausgeglichenheit und souveräne Geisteshaltung in allen schwierigen Lagen den demokratischen Staat nach innen und außen würdig repräsentieren kann. Sie braucht an ihrer Spitze einen Mann mit tiefem Rechtsempfinden und mit der Gabe, allen politischen und gesellschaftlichen Gruppen unseres Volkes ein Vorbild zu sein.

Die anderen Parteien haben nun das Wort. Ihnen obliegt es, auch ihrerseits einen Kandidaten zu benennen oder sich dem Vorschlag der Sozialdemokratie anzuschließen. Die Bahn ist frei für ein neues Beginnen; der beste Mann soll an der Spitze des Staates stehen.

+ + +

Hauptgegner: Die Sozialdemokratie

Kommunisten übernehmen die Führungsrolle

sp - Ein Name für die neue Partei ist noch nicht gefunden. Hier kommt es jedoch gewiß nicht auf das Firmenschild an, wohl aber, was sich dahinter verbirgt. Politische Gruppierungen, die sich "links" gebärden, haben am letzten Wochenende in Dortmund beschlossen, an einem noch nicht bekannten Ort am 7. Dezember bei Aufrechterhaltung ihrer organisatorischen Selbständigkeit eine neue politische Partei zu gründen, deren Hauptzweck die Bekämpfung der Sozialdemokratie sein wird. Natürlich mischen hier die deutschen Kommunisten kräftig mit, sie haben sich nur deshalb als Partei wiederkonstituiert, um mit ihren gewiß nicht geringen materiellen Mitteln die verschiedensten vermeintlich links von der SPD stehend agierenden Gruppen organisatorisch und politisch in den Griff zu bekommen. Sie gaben in Dortmund den Ton an, was auch schon dadurch zum Ausdruck kam, daß die Führung dieses Kongresses kein Wort der Verurteilung der Invasion der CSSR fand.

Diese Koalition der Befürworter der Vergewaltigung eines kleinen, auf sein Selbstbestimmungsrecht pochenden Volkes, verdient keine Rücksichtnahme, sie fordert zur schärfsten Auseinandersetzung heraus. Diese Koalition steht eindeutig unter deutsch-kommunistischen Vorzeichen, und wer in ihr mitmacht, hat das Recht verwirkt, im Namen der Demokratie aufzutreten. Das gilt auch für jene Professoren, die mit Eifer des "Aktions- und Wahlbündnis" betreiben. Kögen sie auch verbal das Gegenteil behaupten; die Sozialdemokraten wissen, mit wem sie es zu tun haben.

+ + +

Freiheit ist kein Chaos

Nachwort zu einer Kundgebung im Berliner Sportpalast

sp - Die Berliner Sportpalast-Kundgebung der SPD mit Brandt, Schiller und Schütz hat einer großen Zahl westdeutscher Teilnehmer Gelegenheit gegeben, sich von dem Wirken und dem Bild der sogenannten außerparlamentarischen Opposition mit eigenen Augen und Ohren zu überzeugen.

Gewiß, Zwischenrufe sind das Salz von Kundgebungen, und es gibt auch keine Verpflichtung, die einen zwingen könnte, nur genehme Zwischenrufe zu machen. Aber Zwischenrufe, die sich in Stakkato-Geschrei von leeren Schlagworten und in unartikuliertem Gebrüll erschöpfen, sind ein bedenkliches Amtszeugnis für junge Menschen, die ihre staatsbürgerlichen Aufgaben ganz offenbar zu verkennen scheinen und die nicht einmal zuhören können. Das Ho Tschj-minh-Geschrei, mit dem Willy Brandts Erklärung gestört werden sollte, die den Vietnam-Bombardierungsstop begrüßte, war typisch für die abstruse Geistesverfassung, in der sich junge Menschen befinden und selbst erhalten, die ihre Orientierung an Realitäten des Lebens verloren haben.

Vernünftige und sinnvolle Reformbemühungen der nach vorne drängenden Jugend verdienen aktive und fördernde Unterstützung der Gesamtbevölkerung, auch dann, wenn diese Bemühungen in lärmender Art artikuliert werden. Willy Brandt hatte im Sportpalast mit vollem Recht verlangt, daß die Älteren und auch die Alten der Herausforderung durch die junge Generation nicht einfach ausweichen sollten. Die Jugend hat dabei, so fügen wir hinzu, das Recht, ihr Wollen und ihren Willen in der ihr gemäßen Form auszudrücken. Aber Lärm um des Lärms willen, Geschrei um des Geschreis willen, Protest also als bloßer Gag, das ist nicht mehr ein Teil demokratischer freier Auseinandersetzung, sondern die freiwillige Bankrotterklärung von kleinsten Minderheiten, die Diskussion mit Klamauk verwechseln. Diese Grüppchen geraten in die existenzielle Gefahr, sich in eine belanglose Außenseiter-Situation hineinzuambyrieren und auf diese Weise das auch in ihnen vorhandene Potential jahrmarktmäßig verpuffen zu lassen.

Wir meinen, dieser unbestreitbare Tatbestand sollte allen jungen Menschen zu denken geben und sie zu der Erkenntnis veranlassen, daß sie in eine Sackgasse geraten sind. Die Demokratie ist kein grenzenloses Spielfeld wildester Emotionen und die Freiheit ist kein Chaos. Es ist Pflicht aller Staatsbürger, gleich welchen Alters, diese unsere gemeinsame Demokratie in Ordnung zu halten und zu stärken, damit sie den intakten und kompakten Rahmen auch für Reformen bieten kann, über deren Notwendigkeit vermutlich gar keine Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Willy Brandts so eindringliche Erinnerung an noch gedächtnisfrische Zeiten, in denen Deutschland unter Haß und Terror stöhnte und litt und in denen das demokratische Staatswesen zerstört wurde, sind ein rechtzeitiger Alarmruf. Niemand in der Bundesrepublik sollte sagen können und dürfen, daß er diesen Alarmruf überhört habe.

Perspektiven moderner Justizpolitik

Zu einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Von Dr. Heinz Recken

Etwa einhundert Juristen hörten und diskutierten dieser Tage in der Friedrich-Ebert-Stiftung zu Bergneustadt über Perspektiven moderner Justizpolitik. Wie schon auf dem Deutschen Juristentag in Nürnberg trat auch diesmal trotz mancher Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen eine deutliche Übereinstimmung in der Grundrichtung zutage, die die Justiz einzuschlagen hat, wenn sie den Erfordernissen unserer Zeit und der Zukunft gerecht werden will.

Der Hessische Justizminister Dr. S t r e l i t z wies darauf hin, daß eine zeitgemäße Justizpolitik ohne eine Reform der juristischen Ausbildung nicht denkbar ist. Lebhaft wurde dabei diskutiert, ob die vielberufene "Justizkrise" mehr im Versagen der Richter, Staatsanwälte und der Justizverwaltung oder in der Säumnis des Gesetzgebers wurzle. Immerhin bestand darin Einigkeit, daß der Gesetzgeber auch bei bestem Willen nicht in wenigen Jahren die Versäumnisse eines Jahrhunderts nachholen kann und daß auch jede kasuistische Gesetzgebung schnell veraltet. Nur Generalklauseln erweisen sich trotz aller gesellschaftlicher Veränderungen als beständig; es kommt also darauf an, daß der Richter bei ihrer Anwendung die Hand am Puls der Zeit hält. Die Bewältigung der Justizkrise ist nicht nur die Aufgabe aller Staatsgewalten, sondern auch des Volkes, von dem alle Staatsgewalt ausgeht.

Besonders dringlich scheinen aber hierfür die Reform des Richterrechts durch den Gesetzgeber und die Orientierung der Richterschaft an den durch das Grundgesetz verbürgten Freiheitsrechten anstelle überkommener Vorstellungen von Staatsautorität. Für die Justiz bleibt noch viel an Selbstbesinnung und Aufklärung zu tun, bis der Richter in der Öffentlichkeit und in seinem Selbstverständ-

nis nicht mehr als ein "Instrument der Repression", sondern als Garant der Freiheit gesehen wird.

Zu den Einzelfragen war man sich weitgehend einig in den Forderungen

- * nach einem allen Gerichtsbarkeiten dienenden Rechtspflege-
- * ministerium in Bund und Ländern,

- * nach konsequenter Dreistufigkeit der Gerichtsorganisation
- * (dies würde die Verschmelzung der heutigen Amts- und Land-
- * gerichte und die Besetzung der ersten Instanz in Zivilsa-
- * chen mit nur einem Berufsrichter bedeuten),

- * nach Abbau des hierarchischen Systems in der Justiz,

- * nach Erweiterung der Selbstverwaltung und Mitbestimmung,

- * nach Förderung innerlich unabhängiger Persönlichkeiten un-
- * ter Überwindung jeder Anonymität (daher Zulassung eines ab-
- * weichenden Votums des im Kollegialgericht überstimmten Rich-
- * ters unter strikter Respektierung der Mehrheitsentscheidung),

- * nach einer der Öffentlichkeit und ihrer Kritik aufgeschlos-
- * senen Haltung der Justizorgane,

- * nach unmittelbaren Kontakten der rechtsprechenden Gewalt zu
- * den Parlamenten zwecks Mitwirkung an der Gesetzgebung, ins-
- * besondere am Justizhaushalt,

- * sowie nach Stärkung der sachlichen Unabhängigkeit der Staats-
- * anwälte gegenüber ministeriellen Weisungen.

So ergaben sich zahlreiche beachtliche Anregungen für die zum Rundgespräch erschienenen Parlamentarier, die Rechtsanwälte Martin Hirsch, MdB, (Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages, Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Fraktion) und Dr. Diether Posser, MdL, (Vorsitzender des Justizausschusses, demnächst Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen).

Es erscheint bemerkenswert, daß diese Anregungen aus der Gesprächsrunde interessierter Juristen ganz mit den justizpolitischen Leitsätzen der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen übereinstimmen.

Wegweiser zur Erneuerung

Zur außerordentlichen Nationalkonferenz der französischen Sozialisten
Neue Sozialistische Partei Frankreichs ab 1969.

Von Georg Scheuer, Paris

Sozialistisch-demokratisch-revolutionär: Diese Grundsätze sollen ab 1969 für die neue Sozialistische Partei Frankreichs verpflichtend sein. Nach gründlichen Debatten entschloß sich die außerordentliche Parteikonferenz der SFIO am 1. Novembersonntag mit absoluter Mehrheit für Mollets "harte" Thesen. Defferres Reformvorschläge - Öffnung zur Mitte, linke Sozialdemokratie als Beispiel, Absage an marxistische Dogmatik - erhielten nur ein knappes Drittel der Stimmen.

Ist der geplante Zusammenschluß mit den Linksdemokraten doch in Frage gestellt? Man erwartet die Stellungnahme der Partner, insbesondere Mitterrands. Im Dezember tritt ein letzter Parteitag der SFIO zusammen und Anfang 1969 fallen die Würfel. Jetzt schon kann aber gesagt werden, daß die Mehrheit der SFIO von einem totalen Neubau nichts hält. Das "alte Haus" soll renoviert werden, die Grundsteine sollen aber unberührt bleiben.

Die Novemberkonferenz im Volkshaus von Clichy bei Paris zeigte wieder die Schwierigkeiten der französischen Linken auf ihrem Weg zur Wiedervereinigung. Zur "historischen" Abspaltung der Kommunisten kommt hier zusätzlich die Spaltung der sozialdemokratischen Linken in mehrere Parteien. Die größten davon sind:

1. die Sozialistische Partei Frankreichs (SFIO) unter der Führung von Mollet und Defferre,
2. die Radikalen (die Überreste der linksbürgerlichen Partei, die in der Dritten und Vierten Republik eine hervorragende Rolle spielte),
3. die erst in den letzten Jahren entstandene "Convention" der linksdemokratischen Clubs und Arbeitsgemeinschaften mit Mitterrand.

Vorstoß und Rückschlag

Unter dem Druck des gaullistischen Regimes entschlossen sich diese drei Parteien 1965 zu einem losen Zusammenschluß zu einer Föderation mit dem Ziel einer baldigen Vereinigung zu einer neuen Partei. Im Schwung der Wahlerfolge der letzten Jahre erklärte man sich zu der Vorbereitung einer gemeinsamen sozialistisch-demokratischen Partei. Die

Föderation verankerte die beiden Adjektive "sozialistisch" und "demokratisch" in ihrem Namen: FGDS (Sozialistisch-Demokratische Linksföderation). Je näher aber das Datum der tatsächlichen Vereinigung rückt, desto größer sind die Widerstände, verstärkt durch die überraschenden und verwirrenden Ereignisse im Mai und die Wahlschlappe im Juni dieses Jahres.

Zögernde Weggefährten

Zuerst distanzieren sich die Radikalen. Die alte linksbürgerliche Partei besann sich, daß sie eigentlich mit "Sozialismus" nichts zu tun haben wollte, obgleich sie selbst noch aus früheren Zeiten den Titel "Radikalsozialisten" trägt. Derlei kühne Etiketten klingen aber im Lande der großen Revolution ziemlich gemäßigt. Jedenfalls wünschen die französischen Radikalen keinerlei Einheitsfront mit den Kommunisten und erstreben vielmehr neue Bindungen mit dem Zentrum (Lecanuet) an. Praktisch bedeutete das die Absage an die geplante gemeinsame Linkspartei.

Dann folgte die Convention mit Vorbehalten. Zogen die Radikalen zur Mitte nach "rechts", so ziehen die Clubs nach "links". Sie fordern "totale Erneuerung". Radikale und Sozialisten werden als "wurmstichige Bänke" abgetan. Schließlich fürchten die Radikalen und die Conventio-nisten im Falle einer Vereinigung von der zahlenmäßig weitaus stärkeren SFIO überrundet zu werden.

Kommunisten im Hintergrund

Erst vor diesem Hintergrund versteht man die Debatten und die Beschlüsse von Clichy. Im Hintergrund stehen die Beziehungen zur kommunistischen Partei, in Frankreich immer noch eine unübersehbare Kraft. Die KPF befindet sich derzeit infolge der tschechoslowakischen Ereignisse in einer schweren Krise. - Ein Teil der SFIO wollte in der erstmaligen Abgrenzung der KPF von Moskau ein günstiges Zeichen sehen und zu diesem Anlaß die Reihen der antigauillistischen Linksfrent enger ziehen. Die Mehrheit der Sozialistischen Partei hegt aber ebenso wie die ganze französische Öffentlichkeit seit den Prager Ereignissen erhöhtes Mißtrauen gegen die KPF.

In diesem Sinne wurde am Sonntag sogar die "sofortige" Annullierung aller mit der KPF abgeschlossenen Abkommen gefordert. Auf Anraten Mollats entschloß sich die Parteikonferenz jedoch für vorläufiges Abwarten im Hinblick auf das Gipfelgespräch des kommunistischen Parteichefs Waldeck-Rochet in dieser Woche im Krenal. Man erwartet in Paris mit größter Spannung das Kommuniqué der "kameradschaftlichen Aussprache" zwischen sowjetischen und französischen Kommunisten. * * *